

Evangelische Verantwortung

Die Al Aqsa Intifada und die Situation der Christen im Heiligen Land

Karl-Heinz Ronecker

1. Der Auslöser der Unruhen

Wir standen auf der Dachterrasse der Propstei um Geburtstag zu feiern. Zwischen Erzählen und Lachen hörten wir den Polizeihubschrauber.

Wir sahen, wie er seine

Kreise zog und wussten, dass Spannungen in der Luft lagen. Wenig später hörten wir von **Ariel Sharons Versuch, den Tempelberg und damit die islamischen Gebetsstätten zu betreten.** Im Blick auf die bevorstehenden Wahlen, wollte er wohl „Flagge zeigen“. Die Reaktion der Palästinenser war wie zu erwarten. Steine flogen. Schmähworte wurden geschrien. Das Militär antwortete mit Gummigeschossen und einigen Tränengasgranaten. Später wurde auch scharf geschossen.

Ich selbst sollte um die Mittagszeit zur Sitzung des Krankenhausvorstands im Auguste Victoriahospital auf dem Ölberg sein. Mehr und mehr Straßen wurden jedoch geschlossen. Die besondere Autonummer für die „heads of the Churches“, sowie mein Dienstpass hal-

fen mir gerade noch durchzukommen. Als die Unruhen dicht vor dem Eingang zum Krankenhaus anfangen, versuchten der Krankenhausdirektor, der Chef der „security“ und ich die Jugendlichen dazu zu bewegen, das Krankenhausbereich zu verlassen. Die Patienten sollten nicht zusätzlich gefährdet werden.



Jerusalem: Franziskaner Kapelle „Dominus Flevit“ im Garten Gethsemane.

Einige Zeit hindurch erinnerte mich das Treiben auf der Straße an die Jugendunruhen in Deutschland. Hier in Jerusalem wurde jedoch nicht Räuber und Gendarm gespielt. Es war alles blutiger ernst, die Enttäuschung der einen und der Zorn der anderen.

2. Die „Al Aqsa Intifada“ – ein von Menschen gesteuertes Buschfeuer

Das Besondere an dem Aufstand, der inzwischen den Namen „Al Aqsa Intifada“ erhalten hat, bestand darin, dass die verschiedenen Palästinensischen Orte in unterschiedlicher Weise einbezogen wurden. Das war wie bei einem allerdings von Menschen gesteuerten Buschfeuer. Bald brannte es **in Jenin**, bald **in Ramallah**. Mal war **Beit Jala** das Zentrum der Feindseligkeiten, mal **He-**

bron oder **Jericho**. Zu den Besonderheiten zählte ferner die Tatsache, dass im Laufe der Zeit die Stärke der Bewaffnung zunahm. Damit wuchs zugleich die Zahl der Todesopfer.

Zu den **umkämpftesten Plätzen** gehörte neben Ramallah, der christliche Ort **Beit Jala**. Neben den klassischen Kirchen gibt es dort eine **respektable lutherische Gemeinde**. In der Nacht zum 16. November 2000 starb ein Glied dieser Gemeinde, der **Arzt Harald Fischer**, durch eine Panzergranate. Dr. Fischer war deutscher Staatsangehöriger und seit 19 Jahren mit einer Palästinenserin verheiratet. Er hatte sich ganz in die palästinensische Welt eingelebt. Die Gemeinde, zu der er sich zählte, war zwar lutherisch, aber zugleich arabisch. Bei der Trauerfeier predigte sein **Gemeindepfarrer, Jadalla Shehade**, sehr persönlich und zu Herzen gehend. Der arabische lutherische Bischof hielt ebenfalls eine Ansprache. Deren Diktion wirkte auf viele sehr aggressiv. Die Botschaft selbst war es nicht. Sie sprach vielmehr von der **Notwendigkeit des Friedens**.

Themen:

Editorial	3
Naher Osten – Wege aus der Gewalt	4
Kirchentag	7
Anmerkungen zur Bioethik	10

Hoffnung auf Frieden

Mit einem ehemaligen Gemeindeglied, einem UN-Offizier, sprach ich kurz nach der Beerdigung. Er meinte, dass es aufgrund des Schocks, den der Tod des deutschen Arztes ausgelöst hat, in den nächsten Tagen zumindest in Beit Jala friedlicher zugehen würde. Keine Stunde später erhielt ich jedoch einen Anruf, mit der Bitte, eines unserer ältesten Gemeindeglieder, die neunundachtzig-



Propst Karl-Heinz Ronecker mit Schwester Ruth Felgentreff anlässlich der 150 Jahrfeier in Talitha Kumi.

jährige Anna, abzuholen und sie nach Jerusalem zu bringen. Die ganzen Wochen hatte Anna in Beit Jala ausgehalten. Sie wollte ihre Nachbarn und ihren Hund nicht im Stich lassen. Nach Einbruch der Dunkelheit, wenn es üblicherweise zu schießen anfing, löschte sie das Licht und saß, wie sie es in der Zeit des zweiten Weltkriegs gelernt hatte, im Dunkeln. Wir hatten ihr versprochen, sie nach Jerusalem zu holen, wenn ihr alles zu viel und ihre Nerven nicht mehr mitmachen würden. Nun war es so weit. **Meine fröhliche Hoffnung, die Menschen könnten endlich aufatmen, wenn das Leben wieder ruhiger geworden ist, lag wie so mancher andere Traum in Scherben.**

3. Die arabische evangelische Gemeinde zwischen den Fronten

Lassen Sie mich noch etwas Weiteres, Wesentliches hinzufügen. **Die arabische evangelische Gemeinde leidet sehr an evangelikalen Bewegungen**, die einseitig Israel unterstützen, von ihren evangelischen Glaubensgenossen auf der Westbank aber kaum Notiz neh-

men. Viele von ihnen meinen zudem, ihre Liebe zu Israel mit Feindschaft und Verachtung der palästinensischen Christen bestätigen zu müssen. Von denen, die nicht in der Lage sind, zwischen evangelisch und „evangelical“ zu unterscheiden, wird die evangelisch lutherische Kirche bisweilen als **Kollaborateur mit Israel** angesehen. In mehr als einer Freitagspredigt, so wurde mir erzählt, wurde dazu aufgerufen die „Evangelischen“ anzugreifen. Darum war es ein kluger Schachzug des Bischofs der arabisch lutherischen Kirche, für den Kondolenzbesuch bei der Familie eines zwölfjährigen Jungen, der bei Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär ums Leben gekommen war, einen eigenen Termin zu wählen und sich nicht den übrigen Kirchen anzuschließen. Das gab ihm die Möglichkeit von seiner Kirche und deren internationalen Verflechtungen zu reden.

Bei diesem Anlass lernte ich den **Bürgermeister von Beit Jala** kennen, der sehr bitter und sehr hart davon sprach, die „gunmen“, die den Nachbarort Gilo beschießen, kämen nicht aus Beit Jala, sondern aus den umliegenden Dörfern und Flüchtlingslagern. **Die Lasten der kriegerischen Auseinandersetzungen müssten dagegen von den Bürgern aus Beit Jala getragen werden.** In einem offenbar nicht gerade freundlich geführten Disput, hat er den Tansim entgegengehalten, nicht die Christen seien Kollaborateure, sondern sie selbst. Wenn Israel Beit Jala zerstören will, dann seien Leute wie sie die besten Handlanger. Warum – so wollte er wissen – vertauscht ihr nicht eure Häuser mit denen aus denen ihr schießt? Dann würdet ihr im Winter ohne Dach dastehen und nicht die Anderen. Die palästinensische Gesellschaft, so wurde mir bei seinem Bericht klar, ist keineswegs monochrom. Da gibt es vielmehr sehr unterschiedliche Positionen und Reaktionen.

Noch immer zieht sich jedoch die Linie von Unrecht und Gewalt, aber auch die **Sehnsucht nach Frieden** durchs Land. Es

gibt allerdings eine wachsende Zahl derer, die resignieren, weil sie keine Zukunft mehr sehen.

4. Hirtenwort mit dem Aufruf im Land zu bleiben

Im Blick auf die Gefahr, dass gerade Christen das Land verlassen, um etwa zu Familienmitgliedern in Lateinamerika oder Europa zu gehen, die dort bereits seit Jahren leben und arbeiten, äußerte sich der **lateinische Patriarch in einem eindrucksvollen Hirtenwort:**

„In den letzten Tagen habe ich einige Gemeinden in Palästina besucht und den Gläubigen zugehört. Die erste Sorge, die alle anderen mit einschließt, ist **die gegenwärtige schwierige politische Lage: die gesperrten Straßen, die Abriegelung der Städte und Dörfer, die Arbeitslosigkeit, die andauernde Bombardierung, die Zerstörung von Häusern**, die Schwierigkeiten innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, und schließlich die Überlegung auszuwandern. Was eine mögliche **Auswanderung** betrifft, so sagen auch wir: **Brüder und Schwestern, verlasst Euer Land nicht. Seid geduldig.** Gott will Euch hier, als Gläubige und Zeugen... Weicht nicht von den Heiligen Stätten. Ihr seid Teil des Geheimnis Gottes in diesem Land. Versucht, Euch dies bewusst zu machen, so dass ihr Gott und die Mitmenschen sehen und die Bedeutung eurer Anwesenheit hier verstehen könnt ...

Was die Häuser betrifft, die dem **israelischen Bombardement** unterliegen, so sagen wir zu den Israelis: Zerstört unsere Kirchen, aber verschont die Häuser unserer Gläubigen. Wir werden andere Plätze finden, um zu beten, und wir werden auch weiterhin für Euch und für uns beten. Und den **palästinensischen Kämpfenden**, die meinen, es sei nötig, direkt auf israelische Häuser von bewohnten Häusern aus zu schießen, selbst wenn der Befehl lautet: „Bringt nicht friedliche Häuser in die Schusslinie“, denen sagen wir: Gehorcht den Befehlen, erhaltet den Zusammenhalt der palästinensischen Gesellschaft und lasst die Häuser der Unschuldigen aus. **Wir bieten unsere Kirchen als Lösegeld für jedes Haus an, das sie zerstören wollen.** Aber wir werden nicht der Zer-

Liebe Leserin, lieber Leser,

der **29. Deutsche Evangelische Kirchentag** ist vorüber. Gegen alle negativen Voten im vornherein: Kirchentage bleiben Brennpunkte christlichen Lebens! Kirchentage formulieren die Fragen nach Gott immer wieder neu. Kirchentage sind Orte des Suchens, aber auch des Findens, sowie Treffpunkte des christlichen Dialoges über gesellschaftliche Fragestellungen. Sie spiegeln uns die Lebendigkeit wider, mit der die Christen ihr Leben hier in Deutschland und in anderen Ländern der Welt führen. Und an diesem Ort wurde wie in vergangenen Jahren das christliche Leben in seiner evangelischen Ausprägung in einer Woche konzentriert, wie sonst selten in Deutschland.

Das haben wir als Evangelischer Arbeitskreis erneut in diesem Jahr in Frankfurt sehr deutlich gemerkt und das ist für unsere Gesellschaft gut und wichtig. Die Lebendigkeit des Geistes und der Seele gehört zum Christsein dazu. Diese Lebendigkeit spüren wir als Christen vor Ort in unseren Heimatgemeinden aber nicht immer. Vielleicht, weil wir in manchen Gegenden eine Minderheit geworden sind, oder aber, weil wir uns nicht mehr intensiv den Fragen des Glaubens stellen oder ihnen nachgehen. Die Lebendigkeit unseres Christseins ist immer wieder gefährdet und oft wünschen wir uns in unserer Lethargie eine Situation oder einen Zustand, der uns wieder zum neuen Leben erweckt und uns mitreißt zu einem neuen Leben. Der Kirchentag bot seinen Besuchern neben vielem, was sicherlich nicht zentral christlich genannt werden kann, diese Möglichkeit **neue Impulse für das eigene Christenleben und für das eigene Gemeindeleben** mitzunehmen.

Der Evangelische Arbeitskreis war an dem Dialog auf dem Kirchentag sehr rege beteiligt. Das lag einmal daran, dass der **Stand des EAK auf dem Markt der Möglichkeiten** Anziehungspunkt für viele war. Viele Unionspolitiker stellten sich den Fragen der Kirchentagsbesucher. Viele zeigten aber auch an unserer Umfrage zur aktiven Sterbehilfe Interesse und beteiligten sich deshalb in großer

Zahl (siehe Bericht Seite 7-10). Die Gespräche waren im Gegensatz zu den vergangenen Jahren von größerer Tiefe und erstaunlicher Differenziertheit. Gerade die jungen Teilnehmer des Kirchentages argumentierten sehr viel weniger dogmatisch als noch vor einigen Jahren.

Ich wünschte mir, dass hinsichtlich der **parteipolitischen Besetzung der Podien beim Evangelischen Kirchentag** diese differenzierte Anschauung wie sie inzwischen bei den jungen Christen vorzufinden ist, bald auch im Präsidium des Kirchentages Raum greifen möge. Wieder einmal hatte ich den Eindruck, dass Politiker anderer Parteien bevorzugt wurden. Ich habe meine diesbezüglichen Beobachtungen auch dem Kirchentagspräsidenten in einem Brief mitgeteilt. Ich finde es wenig überzeugend, wenn Herr Dolde auf die Frage, warum denn so wenig Unionspolitiker auf den Podien zu finden waren, antwortet, dass jeder CDU Politiker die Möglichkeit gehabt hätte, sich vom Publikum aus zu beteiligen, um von dort aus zu opponieren. Dies entspricht nicht meiner Art diese Problematik aufzugreifen und die Verantwortlichen des Kirchentages täten gut daran, den „weiten Raum“ auch der CDU/CSU zur Verfügung zu stellen. Ich bin allerdings fest davon überzeugt, dass sich auf dem **ökumenischen Kirchentag in Berlin im Jahr 2003** die Dinge anders darstellen werden.

Dem Evangelischen Arbeitskreis ist es in Frankfurt erneut gelungen dazu beizutragen, dass die Gespräche zwischen evangelischen Christen und Union intensiviert wurden. Der **Empfang im Senckenbergmuseum**, an dem rund 500 Menschen teilnahmen hat dazu wesentlich beigetragen. Ich habe mich sehr gefreut, dass der Ratsvorsitzende der EKD, Manfred Kock, sowie die Bischöfe Huber und Noack und viele Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft unserer Einladung gefolgt sind. Die Parteivorsitzende, Frau Dr. Angela Merkel, war den ganzen Abend bei diesem Empfang zugegen und führte viele Gespräche.



An diesem Abend konnte ich in meiner Rede auf die „**Frankfurter Erklärung zur Gentechnologie**“ hinweisen. In einer langen und intensiven Diskussion wurde das Für und Wider der embryonalen Stammzellenforschung besprochen. Ich bin sehr froh darüber, dass der Evangelische Arbeitskreis u.a. formuliert hat: *„Der Schutz menschlicher Embryonen darf nicht eingeschränkt werden. Es muss Konsens bleiben: Die Forschung ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Darum lehnen wir, wie auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, gezielte Eingriffe an menschlichen Embryonen, die ihre Schädigung oder Vernichtung in Kauf nehmen, ab. Mit dem Vorrang des Schutzes der Würde des Menschen sind die Herstellung menschlicher embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken, die Freigabe embryonaler Stammzellen aus so genannten „überzähligen Embryonen“ und die Präimplantationsdiagnostik nicht zu vereinbaren.“*

Mit dieser Erklärung möchte der Evangelische Arbeitskreis auf die CDU einwirken, um ihr in der laufenden Diskussion die Gewissheit zu geben, dass eine Entscheidung gegen PID eine Entscheidung für die Menschenwürde ist.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie die Sommerzeit hier in Deutschland oder an einem anderen Ort gut verbringen.

Jochen Borchert

Ihr Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

störung der Häuser unserer Kinder zustimmen, so dass sie gezwungen sind, das Land zu verlassen.

In diesen Tagen beten wir und kehren wir um, um Gott zu begegnen. Wir sagen zu jedem Palästinenser und zu jedem Israeli, der Frieden liebt und nach Sicherheit verlangt: Versucht, mit uns Gott zu sehen. Zu den Israelis sagen wir: versucht zu sehen, dass die christlichen oder muslimischen Palästinenser nicht dem Bild entsprechen, nach dem Ihr entschieden habt, sie zu sehen. Sie sind weder Terroristen noch Menschen, die hassen und töten. Gebt das Land den Eigentümern zurück, gebt ihnen ihre Freiheit, hört auf die Stimmen der Unterdrückten und der Armen, denn sie steigen auf zu Gott, und eines Tages wird Gott ihr Schreien hören und antworten.

Zu allen, die mit unseren Kindern leiden, sagen wir: Seid geduldig. Wir erinnern euch an das schwierige Gebot: **Liebt Eure Feinde**. „Liebt Eure Feinde und betet für die, die Euch verfolgen, damit ihr Kinder Eures Vaters im Himmel werdet; denn er lässt seine Sonne aufgehen über Bösen und Guten, und er lässt regnen über Gerechte und Ungerechte.“ (Mt. 5,44-45). Liebe ist weder Schwäche noch Flucht. Es ist die Vision des Angesichts Gottes in jeder Person, in Palästinensern und Israelis.“

Bereits zuvor hatten sich die „**Heads of the Churches**“ zu Wort gemeldet. Sie schrieben unter anderem: „Wir glauben, dass die Gewalt in den letzten Monaten zugenommen hat. Sie wird erst enden, wenn beide Konfliktparteien sich entschlossen darum mühen, **die Rechte der anderen zu achten ...** In wenigen Wochen werden alle Christen der Welt die Erinnerung an den Tod und die Auferstehung Jesu feiern. Jesus starb um der Welt Gottes Vergebung zu schenken und zur Versöhnung zu ermutigen. **..Wir glauben fest, dass es an der Zeit ist, Vergebung und Versöhnung zu etablieren und dies auf allen Seiten**, um daran zu arbeiten, dass jeder Bürger dieses Landes an der Fülle des Lebens Anteil hat.“ ■

Anm.:

Karl-Heinz Ronecker ist Propst der Jerusalemer Ev. – Luth.Erlöserkirchengemeinde.

Naher Osten Wege aus der Abwärtsspirale der Gewalt

Ruprecht Polenz

„Two proud peoples share a land and a destiny. Their competing claims and religious differences have led to a grinding, demoralising, dehumanizing conflict. They can continue in conflict or they can negotiate to find a way to live side-by-side in peace“. Mit diesen Worten bringt die Mitchell-Kommission den Nahost-Konflikt auf den Punkt.

Der Konflikt geht uns Deutsche an: Wegen unseres besonderen Verhältnisses zu Israel. Wir dürfen, können und wollen nicht neutral sein in diesem Konflikt wegen unserer historischen Verantwortung gegenüber den Juden und ihrem Staat. Diese Verbundenheit mit Israel bedeutet aber nicht, dass wir die jeweilige Politik israelischer Regierungen kritiklos unterstützen müssten. Im wohlverstandenen Interesse Israels zu handeln kann bedeuten, sich für Friedensschritte Israels einzusetzen, zu denen sich die israelische Regierung (noch) nicht in der Lage sieht.

Der Konflikt geht Europa an: Erschwert in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Er droht eine Region in Flammen zu setzen, die von außerordentlicher Bedeutung ist für die Energieversorgung und damit die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Und nicht zu vergessen: Wichtige europäische Staaten hatten bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts als Kolonialmächte Verantwortung in der Region.

Der Konflikt geht die Vereinigten Staaten von Amerika an: Als einzige Supermacht nach dem Ende des Kalten Krieges sind die USA nicht nur Schutzmacht Israels. Ohne ihr diplomatisches Engagement, ohne ihre letztendliche – auch militärische – Garantie wird sich ein stabiler Friedensprozess nicht erreichen lassen.

Der Konflikt geht also viele an – aber ohne die unmittelbar Beteiligten wird es keine Lösung geben.



Ruprecht Polenz: „Ohne ein starkes Engagement der USA können Fortschritte auf dem Weg zum Frieden nicht erreicht werden.“

Die vergebene Chance auf Frieden

Auf dem Weg von **Madrid 1991** über **Oslo 1993** konnten in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erreicht werden. „**Land für Frieden**“ stand auf dem Wegweiser dieser Bemühungen. Im Herbst 2000 legte US-Präsident Bill Clinton einen Vorschlag auf den Verhandlungstisch, der den Palästinensern etwa 95 Prozent des Westjordanlandes und den gesamten Gazastreifen gegeben hätte mit einem Gebietsaustausch für die fünf Prozent des Westjordanlandes. Dieses Angebot hätte es Arafat ermöglicht, einen unabhängigen Palästinenserstaat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt auszurufen. Mehr als 100 israelische Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen wären abgebaut worden. Der israelische Premierminister Barak war zu diesen Zugeständnissen bereit. Aber Arafat hat dieses Angebot abgelehnt.

Ob es sich im **Herbst 2000** zum Ende tatsächlich um ein **historisches „win-**

„dow of opportunity“ für den Frieden handelte, ob Barak für diese Zugeständnisse eine Mehrheit in der Knesset mit ihren 19 Parteien gefunden und ob die israelische Bevölkerung diese Zugeständnisse unterstützt hätte, ob Arafat die Palästinenser für diese Lösung hätte gewinnen können, wenn er gewollt hätte, ob die USA angesichts des bevorstehenden Präsidentenwechsels diesen Prozess hätten so begleiten können, wie es notwendig gewesen wäre angesichts des andauernden tiefen Misstrauens auf beiden Seiten – alle diese Fragen stellen sich seit dem **28. September 2000** nicht mehr.

Der Beginn der „Al-Aqsa-Intifada“

An diesem Tag besuchte Ariel Sharon den Tempelberg in Jerusalem. Er tat dies nicht allein oder mit einer kleinen Eskorte von Sicherheitsbeamten, sondern in Begleitung von 1000 israelischen Polizeioffizieren. Die Palästinenser empfanden dies als außerordentliche Provokation, denn auch die Al-Aqsa-Moschee liegt auf dem Tempelberg. Am nächsten Tag demonstrierte eine große Zahl unbewaffneter Palästinenser an gleicher Stelle. Als Steine aus der Menge gegen die große Zahl israelischer Polizisten geworfen wurden, setzten diese neben gummiummantelten Metallgeschossen auch scharfe Munition ein, um die Demonstration aufzulösen. Vier Personen wurden getötet, etwa 200 verletzt. Auch 14 israelische Polizisten erlitten Verletzungen. So begann die „Al-Aqsa-Intifada“, die bis heute andauert.

Am 30. September wird der 12-Jahre alte Muhammad al Durra in Gaza erschossen, der sich hinter seinen Vater gekauert hatte, um sich zu schützen. Die Fernsehbilder seines Todes gehen genauso um die Welt wie die Bilder des **Lynchmordes an zwei israelischen Reservisten Vadim Novesche und Yosef Avrahami am 12. Oktober in Ramallah.** In der Region gehen diese Bilder wieder und wieder über den Bildschirm mit kaum zu überschätzender Wirkung auf die Menschen. „Mit den Israelis kann man keinen Frieden schließen“ und umgekehrt „mit den Arabern kann man keinen Frieden schließen“ – diese Über-

zeugung gräbt sich immer mehr in die Herzen ein.

Die Abwärtsspirale der Gewalt

Die Abwärtsspirale der Gewalt dreht sich immer schneller: fünf Tote Israelis und über 100 Verletzte beim Selbstmordattentat von Machmud Marmasch in Netanja am 21. Mai 2001, 12 Tote und über 50 Verletzte bei Vergeltungsschlägen mit F-16 Kampfflugzeugen auf das Gefängnis Dscheneid von Nablus und das Hauptquartier der „Streitkraft 17“ in Ramallah am gleichen Tag, 20 Tote und über 120 Verletzte beim Selbstmordanschlag von Said al-Hutari am 1. Juni auf die Dolphi-Diskotheek in Tel Aviv, einem beliebten Treffpunkt russischer Jugendlicher. Fast 500 Tote und über 10.000 Verletzte, jeweils die übergroße Mehrheit waren Palästinenser – das ist die blutige Bilanz der letzten sieben Monate. Auge um Auge, Blut um Blut. **Frieden liegt in immer weiterer Ferne.**

Die Palästinenser sagen, sie würden die Gewalt nicht eher einstellen, „ehe die Besatzung nicht völlig beendet ist“, und Israel erklärt, dass man erst dann wieder verhandeln werde, „wenn die Gewalt völlig aufgehört hat“. Der israelische **Schriftsteller David Grossmann** hat es klar ausgesprochen: Wenn Israel sich weigert, Friedensbestrebungen aufzunehmen ehe der Terror „endgültig ausgerottet“ (Scharon) ist, wird es nie Frieden geben. Vielmehr ist der Fortgang des Terrors um so sicherer gewährleistet. Wenn die Palästinenser sich weigern, die Gewalt einzustellen, „ehe die Besatzung beendet ist“, werden sie nie Frieden haben und auch die Besatzung nicht loswerden.

Die Politik der Militärschläge kann die Gewalt nicht beenden

Eine Politik des Inhalts, „wenn wir bluten, sollen sie zehn Mal mehr bluten“, ist besonders beim rechtsgerichteten Kern der Anhänger der jetzigen Regierung in Israel populär. Aber wie der **Prä-**

sident des israelischen Rats für internationale Beziehungen David Kimche, ein früherer Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes Mossad richtig feststellte, ist diese Politik nicht wirkungsvoll bei der Bekämpfung von Terrorismus und Gewalt. Es sei offensichtlich, dass Militärschläge, besonders wenn sie mit Flugzeugen und Panzern durchgeführt werden, kontraproduktiv sind. Je mehr die Palästinenser militärisch geschlagen würden, desto entschiedener würden sie die Gewalt fortsetzen. Weder Flugzeuge noch Panzer können Selbstmordattentäter davon abhalten, ihre mörderischen Taten zu begehen, so Kimche.

Nur Verhandlungen führen zum Frieden

„There is only one way to peace, justice and security in the Middle East, and that is through negotiation.“ An dieser Fest-



Die Jerusalemer Altstadt

stellung der Mitchell-Kommission führt deshalb kein Weg vorbei. Dass diese Verhandlungen, wenn sie dereinst wieder aufgenommen werden, kaum weniger als die **Quadratur des Kreises** zum Ziel haben müssen, macht eine **Gegenüberstellung der jeweiligen Positionen** deutlich.

Die **Regierung Scharon** geht davon aus, dass Frieden mit Syrien und den Palästinensern auch ohne territoriale Konzessionen möglich sei, wenn die Konfliktparteien wirtschaftliche Vorteile davon hätten. Die Golan-Höhen, Jerusalem, das Jordantal und einen Sicherheitsstrei-

fen entlang der Palästinensergebiete zählt Scharon zu den unveräußerlichen strategischen und territorialen Interessen Israels. Die jüdischen Siedlungen will Scharon erhalten und stärken. Nach seiner Ansicht hat die israelische Armee das Recht, als Antwort auf die Gewalt vorübergehend in vollautonomes Gebiet einzudringen. Zu Verhandlungen ist Scharon erst bereit, wenn die Palästinenser die Gewalt eingestellt haben.

Arafat verfolgt das Ziel, den Konflikt durch eine Einbeziehung der USA, der EU, Russlands und der Vereinten Nationen zu internationalisieren. Zu einer Einstellung bzw. Reduzierung der Gewalt dürfte er nur nach israelischen Zugeständnissen bereit (und in der Lage) sein, die die hohen Opfer der Intifada in den Augen der Palästinenser rechtfertigen. Dabei geht es insbesondere um einen kompletten Siedlungsstopp. Langfristig verfolgen die Palästinenser das Ziel eines Rückzugs von Israel auf die Grenzen von 1967, die Errichtung eines Palästinenserstaates mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem und ein Rückkehrrecht zumindest für die Flüchtlinge in Libanon.

Syrien will einen umfassenden Frieden erreichen und ist deshalb gegen separate israelisch – palästinensische Abkommen. Die Rückgabe der Golan – Höhen einschließlich des umstrittenen Nordost-Ufers des See Tiberias sind für Damaskus *conditiones sine quae non*. Bis das erreicht ist, wird Syrien die Bedrohung an Israels Nordgrenze vom Gebiet der umstrittenen Shebaa-Farmen aus aufrecht erhalten und auch radikale Palästinensergruppen weiter unterstützen.

Libanon will im Rahmen einer Friedensregelung die Ausreise aller palästinensischen Flüchtlinge erreichen. Nach realistischen Schätzungen leben bis zu 250.000 Palästinenser in den 1948 eingerichteten Flüchtlingslagern in Libanon.

Ohne Kompromisse werden sich diese Positionen nicht aneinander annähern lassen. Aber so lange der **Konflikt von allen Beteiligten als Nullsummenspiel gesehen** wird, wo „Gewinn“ des einen „Verlust“ für den anderen bedeutet, wird man nicht weiterkommen. Es wird Aufgabe von Vermittlern sein, den

Beteiligten „win-win-Situationen“ vor Augen zu führen, die überzeugend deutlich machen, dass auch durch Nachgeben den eigenen Interessen gedient und gewonnen werden kann.

Die vielen Schritte seit Madrid haben auch deutlich gemacht, dass sich auf dem **tiefsitzenden gegenseitigen Mistrauen** kein stabiler Friedensprozess aufbauen lässt. Zu tief ist ein Denken verwurzelt, die eigene Sicherheit gegen den anderen zu suchen. Die europäische Erfahrung etwa mit dem deutsch – französischen Verhältnis, wonach es dauerhafte Sicherheit nicht gegen sondern nur gemeinsam mit dem früheren Gegner gibt, ist im Nahen Osten noch nicht angekommen.

Schritte zur Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen

Die Ereignisse seit dem 28. September 2000 haben den Friedensprozess weit zurückgeworfen. An substantielle Verhandlungen über die Rückgabe der von Israel 1967 besetzten Gebiete, einen Palästinenserstaat, seine Hauptstadt und seine Grenzen, die Zukunft der Siedlungen und das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge ist auf absehbare Zeit nicht zu denken. Die Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, schreibt die Mitchell-Kommission in ihrem Bericht und empfiehlt dafür eine konkrete Schrittfolge: **Beendigung der Gewalt, Wiederaufbau von Vertrauen, Wiederaufnahme von Verhandlungen.**

Korrektur der amerikanischen Nahostpolitik

Für die sofortige Beendigung der Gewalt ist die **Wiederaufnahme der Sicherheitskooperation zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und der israelischen Regierung** von entscheidender Bedeutung. Diese Zusammenarbeit hatte bis in den Herbst des letzten Jahres von amerikanischer Hilfe profitiert. Der Besuch von CIA-Chef George Tenet Mitte Juni diente offenkundig dem Ziel, diese Sicherheitskooperation beider Seiten wieder zu beleben.

Schon vorher hatten die USA mit der Ernennung ihres Botschafters in Jordanien William Burns zum Nahost-Beauftragten von Außenminister Collin Powell begonnen, die im Vergleich zu Clinton stärkere Zurückhaltung der USA wieder zu korrigieren. Zu deutlich war geworden, dass ohne ein starkes Engagement der USA Fortschritte auf dem Weg zum Frieden nicht erreicht werden können.

Zentrale Bedeutung der Einstellung der Siedlungstätigkeit

Für den Wiederaufbau von gegenseitigem Vertrauen misst die Mitchell-Kommission der Einstellung jeglicher Aktivitäten der israelischen Regierung beim Siedlungsbau („freeze all settlement construction activity“) zentrale Bedeutung zu. In der Tat sehen die Palästinenser in der Siedlungstätigkeit den Versuch der Israelis, ständig weitere Fakten zu schaffen, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Sowohl die USA wie die EU hat Israel immer wieder gedrängt, die Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten einzustellen. Bislang ohne Erfolg. In gemeinsamen Anstrengungen von Europäern und Amerikanern sollte Israel jetzt dazu gebracht werden, diese „obvious confidence-building qualities of a settlement freeze“ (Mitchell-Kommission) endlich anzuerkennen und unverzüglich in die Tat umzusetzen.

Dies kann zu der Abkühlungsphase führen, die eine Voraussetzung für weitere konstruktive Schritte auf beiden Seiten ist. Ohne verbale Abrüstung, ohne Verzicht auf hasserfüllte und hasserzeugende Sprache auf beiden Seiten wird es diese Abkühlung freilich nicht geben. Es ist eine politische Führungsaufgabe für Scharon wie Arafat, durch verantwortungsbewusste Wortwahl die Gräben nicht zu vertiefen, sondern im Gegenteil die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Brücken über die Gräben überhaupt nur gedacht werden können. ■

Anm.:

Ruprecht Polenz, MdB, ist u.a. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und Präsident der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft

„Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ (Ps. 31,9)

Unter dem obigen Psalmwort als Kirchentagsmotto fand in diesem Jahr vom 13.-17. Juni 2001 der 29. Deutsche Evangelische Kirchentag in Frankfurt am Main statt.

sehallen, um sich zu orientieren. Rund 2500 Veranstaltungen hat es auf dem Frankfurter Kirchentag gegeben. Es gab nicht die Veranstaltung zu der alle wollten, oder das Thema, das alle bewegte.

den, Frau Dr. Angela Merkel. Das Thema lautete „erweckt zu neuem Leben.“ Die Kirchentagsbesucher registrierten diesen Einsatz sehr genau. Das Bedürfnis der Christen auf dem Kirchentag, Politikerinnen und Politiker über Glaubensfragen reden zu hören, war enorm. Nahezu seismographisch wurde die Nähe zum eigenen, dem christlichen Bekenntnis, wahrgenommen. Insgesamt wurde deutlich, dass der Kirchentag weniger politisch war als z.B. in den 80er Jahren. Die Meinungen derer, die den Kirchentag besuchten waren politisch



► Frau Dr. Angela Merkel im Gespräch mit Manfred Kock (Ratsvorsitzender der EKD)

► Kurz vor der Bibelarbeit vor rund 2000 Menschen wird noch ein Autogrammwunsch erfüllt.

► Der hessische Ministerpräsident Roland Koch ließ sich Zeit im Gespräch mit Kirchentagsbesuchern.

► Frau Dr. Angela Merkel auf dem Empfang des EAK im Senckenbergmuseum.

Glaubensinhalte zunehmend im Mittelpunkt

Der Evangelische Kirchentag ist und bleibt ein deutschlandweites Ereignis besonderer Art. Wieder strömten rund 100.000 Dauerteilnehmer und Tausende von Tagesteilnehmern durch die Mes-

Und doch war ein deutlicher Trend zu verspüren. Die Veranstaltungen, die sich mit Glaubensinhalten beschäftigten und die theologisch zentriert waren, wurden überdurchschnittlich gut besucht. Das galt vor allem für die Bibelarbeiten. Über 2000 Christen besuchten z.B. die Bibelarbeit der Parteivorsitzen-

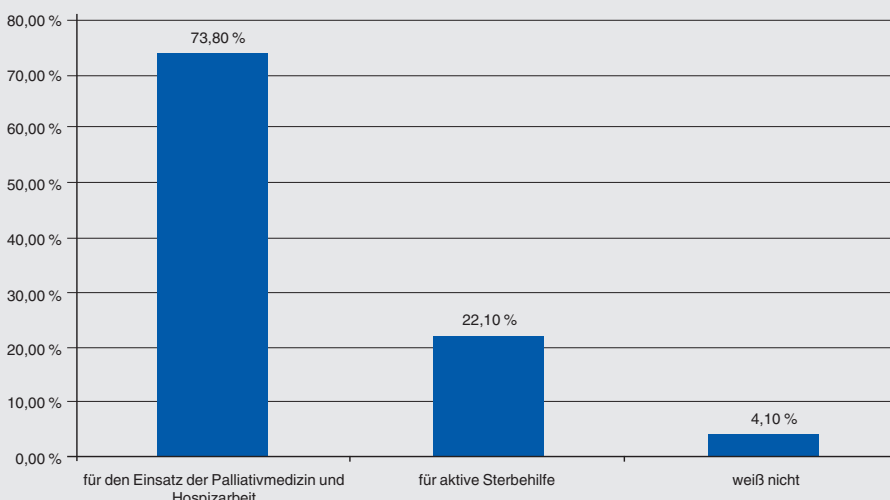
breiter gefächert als noch bei früheren Protestantentreffen.

EAK Stand auf dem Markt der Möglichkeiten

Diese Erfahrung machten vor allem die CDU/CSU Politiker, die am Stand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) den Kirchentagsbesuchern Rede und Antwort standen. Viele zeigten sich über die offene und sachlich fundierte Art begeistert, in der die vor allem jungen Teilnehmer (rund 40% der Kirchentagsbesucher sind jünger als 30 Jahre) Fragen stellten und diskutierten. Die einhellige Meinung war, dass der Kirchentag als Forum gesellschaftlichen Dialogs parteipolitisch in Zukunft noch stärker begleitet werden müsste. Dies scheint auch nötig, ist doch die starke Präsenz der Parteien bis hin zur PDS auffällig.

Der regelmäßig gut besuchte Stand des EAK auf dem Markt der Möglichkeiten widmete sich der Frage der plebiszitären

Zustimmung zu Palliativmedizin und Hospizarbeit wächst



Frankfurter Erklärung des EAK zur Gentechnologie

In seiner Vorstandssitzung auf dem Kirchentag im Frankfurter Senckenbergmuseum verabschiedete der Bundesvorstand des EAK eine „Frankfurter Erklärung“. Diese wurde beim 1. Empfang des EAK auf dem Evangelischen Kirchentag den rund 500 Gästen aus Kirche, Politik, Wirtschaft, Kultur und Forschung zur Kenntnis gebracht. Der Text lautet wie folgt:

Die Kirchentagslosung „Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ und der Satz auf dem weißen Kirchentagschal: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, verwebten sich zu einer wichtigen und vitalen Aussage des Frankfurter Kirchentages 2001.

Der Begriff „Weiter Raum“ steht nicht für Grenzenlosigkeit. Jeder Raum hat seine Grenzen. Grenzen, die von Gott gerade für den Menschen gezogen wurden.

Manche Grenzen erfährt man früher, manche später. Oft sind die Grenzen für uns Menschen auch nur zu ertasten und zu erfühlen, doch sie sind da. Sie schützen uns und geben uns Halt, wenn wir sie greifen. Sie schützen uns vor anderen und vor uns selbst.

Eine wesentliche Grenze ergibt sich aus der Unantastbarkeit der Würde derjenigen, die Gott in die Weite des Raums gestellt hat. In dieser Weite des Raumes ist für Christen Artikel 1 Grundgesetz eine Grundorientierung und Grundsicherheit, die allen Menschen gilt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Dieser fundamentale Grundsatz - festgeschrieben im Grundgesetz und in der Europäischen Grundrechtecharta - formuliert und sichert den grundlegenden Schutz des Menschen. Der Mensch wird durch diesen Grundsatz zum Rechtssubjekt.

Als Individuum ist jeder Mensch darauf angewiesen, Glied einer Gemeinschaft zu sein, die ihn als Person anerkennt und achtet.

Der Mensch als Person ist nicht durch seine Leistungen definiert, sondern durch sein Gottesverhältnis. Seine Würde ist ihm durch Gott verliehen.

Der Staat und seine Bürgerinnen und Bürger haben die Aufgabe und die Pflicht, alles zu unternehmen, dass jeder Mensch als Rechtssubjekt in Erscheinung treten kann. Wenn dem Menschen diese Möglichkeit, Rechtssubjekt zu sein, geraubt wird, wird er zum bloßen Objekt.

Bisher besteht Konsens, dass der Mensch nie Objekt oder bloßes Mittel zum Zweck werden darf. Der Mensch muss immer Subjekt bleiben.

Dieser Konsens darf nicht gefährdet, geschweige denn aufgehoben werden. Wir stimmen mit dem Bundespräsidenten überein, wenn er sagt: „Ich erinnere immer wieder daran, dass die Geschichte uns hilft – nicht nur uns Deutschen –, zu begreifen, was geschieht, wenn Maßstäbe verrückt werden, wenn Menschen vom Subjekt zum Objekt gemacht werden. Wer einmal anfängt, menschliches Leben zu instrumentalisieren, wer anfängt, zwischen lebenswert und lebensunwert zu unterscheiden, der ist auf einer Bahn ohne Halt. Die Erinnerung daran ist ein immerwährender Appell: Nichts darf über die Würde des einzelnen Menschen gestellt werden. Sein Recht auf Freiheit, auf Selbstbestimmung und auf Achtung seiner Würde darf keinem Zweck geopfert werden.“

Damit ist auch der eindeutig bejahten und grundgesetzlich gesicherten Freiheit der Forschung die entscheidende Grenze gesetzt und klargestellt: Der Schutz menschlicher Embryonen darf

nicht eingeschränkt werden. Es muss Konsens bleiben: Die Forschung ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Darum lehnen wir, wie auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, gezielte Eingriffe an menschlichen Embryonen, die ihre Schädigung oder Vernichtung in Kauf nehmen, ab.

Mit dem Vorrang des Schutzes der Würde des Menschen sind die Herstellung menschlicher embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken, die Freigabe embryonaler Stammzellen aus sogenannten „überzähligen Embryonen“ und die Präimplantationsdiagnostik nicht zu vereinbaren.

Auch wir wissen um die Hoffnung auf Heilung von schweren Krankheiten, die sich mit den neuen Entwicklungen in der Forschung ergeben kann. Wir vertrauen darauf, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerade im Bereich der Bio- und Gentechnologie Wege finden werden, um diese berechtigten Hoffnungen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erfüllen, auch ohne dass menschliches Leben getötet werden muss.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Deutschland – durch die Forschungspolitik der christdemokratisch geführten ehemaligen Bundesregierung – die Nummer eins in der Bio- und Gentechnologie in Europa geworden ist. Das soll auch so bleiben, selbst wenn in diesem Bereich Grenzen zum Schutz des Menschen auch vor den Folgen seiner Forschung gezogen werden müssen.

Wir sind davon überzeugt, dass Freiheit der Wissenschaft und Fortschritt der Technik nur dort wirksam werden können, wo die Würde des Menschen respektiert und die Grenze anerkannt wird. Gerade in dem weiten Raum, in den Gott uns gestellt hat, kann Freiheit nur gelebt werden, wenn Grundwerte anerkannt und Grenzen geachtet werden.



▶ Der Bundesvorsitzende des EAK, Jochen Borchert, MdB, mit Gästen des RCDS.

▶ Am Stand des EAK herrschte immer ein reger Betrieb.

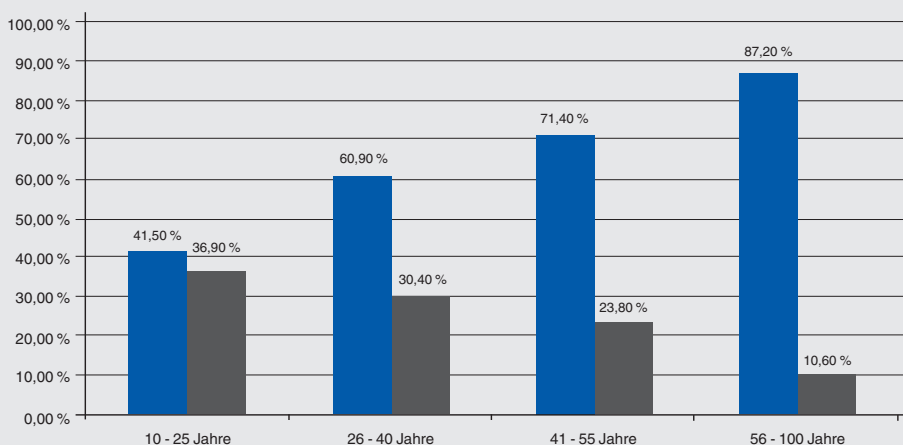
▶ Eckart von Klaeden, MdB und Dr. Bernhard Felmberg als protestantischer Rahmen für Dr. Norbert Blüm.

▶ Der Bundesvorsitzende des EAK und Prof. Dr. Maria Böhmer bei bester Laune.

Die Einstellung zur Sterbehilfe ist eine Frage des Alters

■ Aktive Sterbehilfe lehne ich für mich ab ich würde wollen, dass aussichtslose Behandlungen eingestellt werden und mir ein Sterben in Würde gestattet wird

■ Wenn ich unheilbar krank wäre und unerträgliche Schmerzen hätte, würde ich um Sterbehilfe bitten



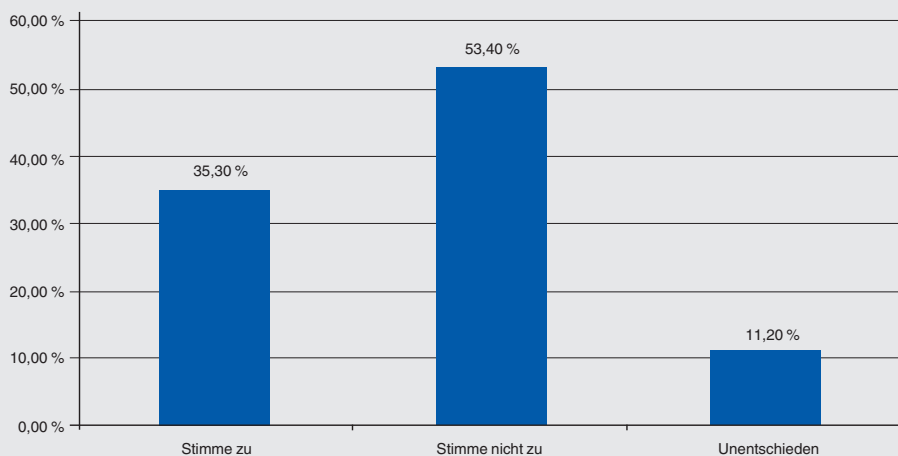
Elemente. Anhand von verschiedenen formulierten Fragebögen zur Euthanasie wurde untersucht, inwieweit sich die spezielle Fragestellung der jeweiligen Umfrage auf das Ergebnis derselben auswirkte. Bei diesem Umfrageexperiment beteiligten sich rund 1000 Kirchentagsbesucher.

Umfrage des EAK zur aktiven Sterbehilfe

Die Auswertung der Umfrage belegt die existierenden Schwierigkeiten, über ethische Fragen per Volksentscheid oder Volksbefragung entscheiden zu wollen. Es ist nahezu unmöglich, komplexe Sachverhalte auf eine Ja-Nein-Frage reduzieren zu wollen. Nach der gesetzlichen Regelung zur aktiven Sterbehilfe in den Niederlanden gingen Umfrageergebnisse durch unsere Medien, die den Eindruck erweckten, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ebenfalls die aktive Sterbehilfe befürworten würde. Bei näherer Betrachtung dieser sog. repräsentativen Umfragen, war jedoch festzustellen, dass die Ergebnisse durch die Art der Fragestellung beeinflusst wurden. Die auf dem Kirchentag verteilten Fragebögen hatten die Umfragen des Augsburger Vereins Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS), der Deutschen Hospiz Stiftung, der Apotheken Umschau und des Meinungsforschungsinstituts Allensbach zum Vorbild. Anhand der abgebildeten Diagramme ist erkennbar, dass die Zustimmung zur aktiven Sterbehilfe abhängig von der Fragestellung ist. Abweichungen von über 20 % belegen, dass man sich die Einführung von

Frage: "Würden Sie der folgenden Aussage zustimmen?"

Ein schwerkranker Patient im Krankenhaus soll das Recht haben, den Tod zu wählen und zu verlangen, dass der Arzt ihm eine todbringende Spritze gibt.



Keine Mehrheit für die Sterbehilfe

Frage: „Hier unterhalten sich zwei über Sterbehilfe. Welcher von den beiden sagt das, was auch Sie denken?“

Ich finde, dass Sterbehilfe für schwerkranke Menschen ein guter Weg ist, um sie nicht so leiden zu lassen. Solange ein schwerkranker Mensch noch bei Bewusstsein ist, sollte er selbst entscheiden können, ob er leben oder sterben möchte.

47 %

Das sehe ich anders: Über Leben und Tod darf nur Gott, man kann auch sagen das Schicksal entscheiden. Das Leben ist heilig und muss es auch bleiben. Keinesfalls darf das Leben vorzeitig beendet werden, auch wenn der Patient das ausdrücklich verlangt.

53 %

Volksentscheiden und Volksbefragungen, die gerne als Allheilmittel gegen die Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit der Nichtwähler präsentiert wer-

den, aus Gründen der Problematik um die Fragestellungen, gut überlegen sollte. Gerade bei ethischen Problemen scheint es keine sinnvolle Alternative

zu sein, die Entscheidung der gewählten Volksvertreter durch ein Plebiszit der Bevölkerung in Deutschland zu ersetzen. ■

„Um der Menschen willen“

Thomas Rachel

I. Christ versus Forschungspolitiker

Als Forschungspolitiker und Christ in der Politik treiben mich die neuen Möglichkeiten und Chancen, die sich aus der Verknüpfung von Biotechnologie und Fortpflanzungsmedizin ergeben, aber auch die damit verbundenen Gefahren besonders um. Es ist das erste Mal in meiner siebenjährigen Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, dass mein **Streben und Tun als Forschungspolitiker in Widerstreit zu meinen Wertegrundlagen als Christ und Landessynodaler** der Evangelischen Kirche geraten könnte.

Was ist es, was diese besondere Schwierigkeit ausmacht, vor der wir stehen? Die sich abzeichnenden Möglichkeiten in Biotechnologie und Biomedizin haben eine völlig neue Qualität: Denn



Thomas Rachel:

„Die Gesellschaft steht vor der Frage: Dürfen wir alles, was wir technologisch können? Aber ich ergänze auch: Dürfen wir etwas unterlassen, wozu wir technisch in der Lage wären?“

erstmal scheint die Menschheit fähig, den Menschen selber zu verändern, manche wollen ihn sogar genetisch neu entwerfen. Damit stehen wir als Gesellschaft vor der Frage: Dürfen wir alles, was wir technologisch können? Aber ich ergänze auch: Dürfen wir etwas unterlassen, wozu wir technisch in der Lage wären?

II. Darf Wissenschaft alles?

Manche erzeugen in der öffentlichen Diskussion den Eindruck, als ob es den Wissenschaftlern um **Menschenzüchtung** ginge. Diese Beschreibung hat mit den Wissenschaftlern in Deutschland nichts zu tun. Im Gegenteil: Ehrlicherweise muss man einräumen, dass sich auch die Forschung in einem Dilemma befindet. So hat es sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit ihrer ausführlichen Stellungnahme nicht leicht gemacht. Dies sage ich ganz unabhängig von den Schlussfolgerungen, die die DFG zieht.

Forschung und Wissenschaft sind nicht Selbstzweck oder dienen einem nicht mehr zu hinterfragenden, abstrakten Forschungsinteresse. Auch die Wissenschaft muss der Gesellschaft gegenüber

Rechenschaft ablegen und am Wohl der Menschen Maß nehmen.

Es gehört geradezu zum Ur-Auftrag der Wissenschaft, sich in Biotechnologie und Biomedizin für ein besseres Verständnis von Krankheitsprozessen und für die Entwicklung neuer Arzneimittel einzusetzen. Der Einsatz von Forschern für neue **Wege zur Bekämpfung von Krebs, Parkinson und Multipler Sklerose** ist deshalb nicht zu kritisieren, sondern sollte von uns gemeinschaftlich anerkannt werden.

Übrigens nimmt auch die evangelische Theologie die Hoffnung auf neue Heilungsmethoden auf gentechnologischer Grundlage sehr ernst. Denn aus dem **Gebot der Nächstenliebe** ergibt sich geradezu die Pflicht, Möglichkeiten wahr zu nehmen, um Menschen in Not zu helfen. Aber – und hier kommen wir an die notwendige ethische Grenzziehung – dieses Ziel rechtfertigt nicht jedes Mittel. Und auch Therapieversprechungen rechtfertigen nicht jede Art von Forschung.

III. Christliches Menschenbild als Maßstab

Welches kann der Maßstab für die Beurteilung auch der neuen technologischen Möglichkeiten in den Lebenswissenschaften sein? Für uns als Christdemokraten ist und bleibt dies das „**christliche Menschenbild**“. Wir wollen einen größtmöglichen Freiraum für die Fortentwicklung der Bio- und Gentechnologie. Aber diese Freiheit findet ihre Grenze am absoluten Wert des Menschen, der Menschenwürde. Der einzelne Mensch ist unverfügbar. Ganz gleich, auf welcher Stufe seiner Entwicklung, darf er nie zum bloßen **Objekt von Forschungs- und Wirtschaftsinteressen** werden.

Gegen die klare Betonung des Schutzes der Menschenwürde in der Rede von Johannes Rau hat Bundeskanzler Schröder eingewandt, dass zur moralischen Verantwortung auch gehöre, „dass wir uns um Arbeit und Wohlstand kümmern“ (Spiegel). Mit seinen Äußerungen erweckt der Kanzler den fatalen Eindruck, dass er hauptsächlich wirtschaftliche Gründe in Erwägung ziehen

will. Ich aber sage: Wo die Menschenwürde berührt ist, zählen keine wirtschaftlichen Argumente.

Skandalös war die Äußerung des Kulturstatsministers Julian Nida-Rümelin, demzufolge einem **Embryo Menschenwürde nicht zustehe, da diese an die Fähigkeit zur Selbstachtung gebunden sei**. Wohin eine solche Moral führt, kann man sich leicht vor Augen führen, wenn man nur an Säuglinge, Schwerstbehinderte und Wachkomapatienten denkt, die nicht zur Selbstachtung fähig sind.

In voller Übereinstimmung mit den beiden großen Kirchen stellen wir als Christdemokraten fest, dass mit der Befruchtung von Ei- und Samenzelle menschliches Leben entsteht. Ab dem ersten Tag ist die genetische Vorbestimmtheit und Individualität des Menschen vorgegeben. Damit genießt auch der Embryo der ersten Tage bereits klare Schutzwürdigkeit.

IV. Verbrauchende Embryonenforschung und PID

Aus diesem Grunde lehnt die CDU Deutschlands die Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken sowie zu therapeutischen und gewerblichen Zwecken ab. Ebenso lehnt sie die verbrauchende Embryonenforschung und das therapeutische Klonen ab.

Es muss auch andere Wege geben als die Vernichtung menschlichen Lebens. Ein solcher ist die Erforschung adulter Stammzellen und der Stammzellen aus dem Blut der Nabelschnur. Lassen wir doch Deutschland zum Vorreiter gerade dieses Forschungsweges werden, der ethisch nicht belastet ist.

Bei der **Präimplantationsdiagnostik (PID)** handelt es sich im Prinzip um eine vorgezogene Pränataldiagnostik. Bereits heute befindet sich die Gesellschaft in einem moralischen Dilemma: Wer diese Diagnostikmethode ablehnt, muss bei geltender Rechtslage in Kauf nehmen, dass ein Fötus mit genetischen Schäden erst im dritten oder einem späteren Monat abgetrieben wird, während mit Hilfe der PID keine Einnistung der Eizelle stattgefunden hätte. Die PID könnte so-

mit helfen, einer **Frau in Konfliktsituation einen späteren Schwangerschaftsabbruch zu ersparen**. In Frage käme für mich eine Zulassung von PID nur für die Paare, die von einer schwersten genetischen Vorbelastung betroffen sind, für die es keine Behandlungsmöglichkeiten gibt. Dazu gibt es aber in der CDU verschiedene Meinungen.

Wahrscheinlich kann man nicht in hundert Prozent aller Fälle PID ausschließen. Die Indikation für PID müsste auf Fälle schwerster genetischer Vorbelastung begrenzt sein und mit umfassender Pflichtberatung verbunden sein.

V. Wer bekommt Daten der Gentests?

Die neuen diagnostischen Möglichkeiten bieten neben manchen Vorteilen auch große Gefahren. Sie müssen deshalb vom Ende her betrachtet werden. Wohin führen sie unsere Gesellschaft?

Genauso wie ich für das Recht auf Wissen über die eigenen genetischen Merkmale bin, so sehr bin ich auch dafür, dass es jedem Menschen freigestellt sein muss, seine genetische Disposition nicht zu kennen. **Es muss ausgeschlossen werden, dass Kranken- oder Lebensversicherungen vor Abschluss eines Vertrages die Vorlage eines Gentests verlangen dürfen**. Andernfalls wäre dies das Ende der Solidargemeinschaft und das Ende des solidarischen Sozialversicherungssystems.

Die Parlamentarier müssen zudem gesetzliche Vorkehrungen treffen, damit es ausgeschlossen ist, dass Arbeitgeber Zugriff auf Daten von Gentests bei Bewerbungen oder beim Abschluss von Arbeitsverträgen erhalten.

Andernfalls droht die Spaltung der Gesellschaft in Bürger mit „guten“ und „schlechten“ Genen. Wir wollen die Chancen der Gentechnik nutzen, nicht aber Menschen ins Abseits stellen. ■

Anm.:

Thomas Rachel, MdB, ist u.a. Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildungs- und Forschungspolitik und Mitglied im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Evangelisches
Leserforum



„Zwischen Moral und
Morast - Die Vulkan-
Connection“

Philipp, Udo: Ullstein-
Verlag, Berlin 1998,
ISBN 3-550 06972-3

Kaum ein wirtschaftspolitisches Ereignis der Nachkriegszeit hat in Deutschland, insbesondere aber im Stadtstaat Bremen, für so viel Aufsehen und Betroffenheit im wirtschaftlichen Geschehen gesorgt wie der Vulkan-Konkurs im Jahr 1996. Das ist nicht nur bedingt durch die weitreichenden sozialen, arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Folge- und Begleiterscheinungen dieses „Prozesses“ (denn es war mehr als nur ein „Ereignis“), sondern resultiert hauptsächlich aus den in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes fast einzigartigen Ursachen- und Wirkungszusammenhängen. Gleichsam als „Morgengabe“ für den Eintritt in die Regierung der Großen Koalition wurden die ernstesten Probleme des Vulkan-Konzerns wenige Tage nach Amtsantritt der CDU-Senatoren für Wirtschaft und Finanzen ab Mitte 1995 virulent, und heute ist deutlich: Keine andere Regierung hätte die Probleme für das kleinste Bundesland letztlich so lösen können

– also ohne tiefgreifende soziale und gesellschaftliche Verwerfungen –, wie eine Regierung mit breiter Mehrheit unter maßgeblicher Beteiligung der CDU. Es ist deshalb ebenso folgerichtig wie notwendig und verdientvoll, dass sich auch die Literatur an den Nahtstellen zwischen Information, Dokumentation und auch Unterhaltung diesem Thema gewidmet hat. Wüssten wir nicht, dass die Beziehungs- und Handlungs-fäden, die Udo Philipp in seinem Buch „Zwischen Moral und Morast – Die Vulkan-Connection“ darstellt und zu einem literarisch dichten Geflecht verwebt, tatsächlich so bestanden und für Bremen genauso ihren tragischen Verlauf genommen haben, müssten wir dem Autor konzedieren, dass er eine spannendere und vielschichtigere Handlung kaum hätte „erfinden“ können.

Auf 235 Seiten beschreibt der Autor ein fast unglaubliches Gemisch aus Intrige, Größenwahn, Vetternwirtschaft und Selbstsucht, das im Mai 1996 mit der „Abwicklung“ des Vulkan-Konzerns für ca. 25.000 „Vulkanesen“ in der Katastrophe und dem Verlust ihrer Arbeitsplätze endete. Jahrelang hatte Konzernchef Hennemann durch wirtschaftlichen und politischen Druck (um den Begriff der Erpressung zu vermeiden), Verschleierung, Kumpanei mit dem SPD-Senat und seine offenkundig suggestive Ausstrahlung auf der einen und das hemmungslose Ausweiten des Konzerns insbesondere in Richtung der neuen Bundesländer auf der anderen Seite die Öffentlichkeit (und auch die Fachwelt) schlicht getäuscht. Sein Rezept war einfach: Beziehungsgeflechte zu den wirtschaftspolitisch Mächtigen seiner Zeit und

buchhalterische Tricks wie die berühmt-berüchtigte „Kreation“ des sogenannten „Zentralen Cash-Managements“, mit denen jahrelang Subventionen generiert und umgeleitet wurden.

All dieses ist Stoff, aus dem normalerweise Krimis geschaffen werden. Und obwohl der Leser das Ende kennt, gelingt es dem gelehrten Journalisten Udo Philipp, einen ebenso spannenden wie informativen Bogen durch die Vulkan- und Wertengeschichte Norddeutschlands zu schlagen. Er entzaubert nicht nur den falschen Glanz eines Wirtschaftskapitäns, der nach dem wirtschaftspolitischen „In-Konzept“ der ausgehenden 80er Jahre – der sogenannten „Diversifizierung“ – ein inhomogenes und lebensunfähiges Wirtschaftskonstrukt namens Vulkan-Verbund schuf und gleichzeitig zugrunde richtete. Udo Philipp hält insbesondere Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften den Spiegel vor, indem er verdeutlicht, was passiert, wenn deren Trennung und gegenseitige Kontrolle durch personelle Verschränkungen, Seilschaften und gegenseitiges Verschaffen von Vorteilen aufgehoben wird, ein Sachverhalt, den man gemeinhin mit dem Begriff Korruption umschreibt. Arbeitslosigkeit für Tausende, soziale Perspektivlosigkeit für ganze Regionen und Milliarden Kosten für das Gemeinwesen waren und sind die Folgen. Ein Lehrbuch also dafür, wie es eben nicht sein oder werden darf. Ein Buch, das mit seinem romanhaften Aufbau, seinem journalistischen Stil und einer gut lesbaren Sprache ein „unterhaltsames Sachbuch“ mit ambitioniertem zeitgeschichtlichem Anspruch genannt werden darf. Ein lesenswertes Lehrbuch für alle schließlich,

die zwischen Moral und Morast unterscheiden (lernen) wollen.

Bernd Neumann

Anm.:

Bernd Neumann ist Landesvorsitzender der CDU Bremen und Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Aus unserer Arbeit

7. Frankfurter
Disputation des EAK
der CDU Hessen

Die Kirche finde in der bundesrepublikanischen Gesellschaft Wohlwollen vor allem wegen ihrer karitativen Dienstleistung, kaum aber wegen ihrer zentralen Anliegen, ihrer Verkündigung und Ethik. Dies erklärte **Renate Köcher, Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach**, bei der 7. Frankfurter Disputation des Evangelische Arbeitskreises (EAK) der CDU Hessen in Frankfurt am Main. Die gegenwärtige Gesellschaft sei von einer merkantilen Perspektive einer Kosten-Nutzen-Rechnung bestimmt. Sie zeige wenig Interesse an Ethik, Weltanschauung und an der Sinnfrage. Diese Phase werde aber vorübergehen. Kirche könne sich wieder ins Spiel bringen, wenn sie ihr Selbstbewusstsein und Profil aus ihrer Botschaft beziehe. Sie müsse ihr geistliches Leben stärken, wolle sie wieder Bedeutung gewinnen. Dem stimmte in der Disputation der **Bischof der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg, Wolfgang Hu-**

ber, ausdrücklich zu und forderte eine Erneuerung des geistlichen Lebens und qualitätsvollere Gottesdienste, in denen auch die Sinne angesprochen werden. **Die Kirche befinde sich nicht in einer Strukturkrise, sondern in einer Krise ihrer Gewissheit.** Diese müsse wiedergewonnen werden. Allerdings sei hier Fundamentalismus nicht die Lösung. Sondern Glaube und Aufklärung, Glaube und Bildung müssten zusammengehen. Huber stellte fest, dass die evangelische Kirche sich verstärkt darum bemühe, ihre öffentliche Wortmeldung aus ihrem Glauben heraus zu begründen. Er beklagte aber, dass die Medien, wie beispielsweise beim Sozialwort der Kirchen, dies meist unterschlugen und damit den Anschein erweckten, die Kirche sage nichts Spezifisches und äußere sich wie alle anderen Institutionen auch. Hierzu entgegnete Renate Köcher, dass es nicht genüge, eine Denkschrift mit einem theologischen Grundsatzkapitel zu versehen. Vielmehr müsste die theologische Begründung einer öffentlichen kirchlichen Stellungnahme aus dieser selbst ersichtlich sein. Die **EAK-Landesvorsitzende, Karin Wolff (MdL), forderte von der Kirche, dass sie dem gesellschaftlichen Diskurs nicht hinterherlaufe, sondern ihn offensiv anführe und ihr Motor sein solle.**

■ Medizin zwischen Menschenwürde und Forschungsfortschritt

Wenige Tage, nachdem der Bundesvorstand der CDU die Diskussion um die Stammzellenforschung und die Präimplantationsdiagnostik (PID) zur weiteren Diskussi-



Arndt Heling, Jost de Jager und Dr. Frank Ulrich Montgomery

on in die Partei gegeben hatte, debattierten zwei Mediziner auf **Einladung des EAK Schleswig-Holstein in Quickborn bei Hamburg über die Grenzen der Gentechnik in der Medizin.** Ausgangspunkt müsse dabei immer Artikel 1 des Grundgesetzes sein: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt“. Politik und Gesetzgeber müssten allerdings erneut festlegen, wann genau und ausschließlich dieser Schutz beginnen soll, sagte der **EAK-Landesvorsitzende Jost de Jager.** Er forderte die CDU auf, sich mit ihrer Entscheidung nicht mehr zu lange Zeit zu lassen. Ansonsten drohe die Gefahr, dass die Union die Diskussion nicht mehr präge, sondern ihr hinterherlaufe.

In der Diskussion lehnte der **Vorsitzende des Marburger Bundes und Präsident der Hamburger Ärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery,** die Präimplantationsdiagnostik (PID) „als ethischen Deichbruch“ strikt ab. Diese Methode zur Früherkennung genetischer Schäden bei Embryonen, die durch künstliche Befruchtung erzeugt wurden, führe „auf direktem Weg zum qualitativ gesicherten Kind“,

sagte er vor den rund 70 Zuhörern. Genetische Selektion sei in jeder Form abzulehnen. Seiner Auffassung nach gebe es kein Recht auf gesunde Kinder. Deshalb stellte sich für Montgomery die Frage, warum niemand mit Erbkrankheiten belasteten Eltern von weiteren Kindern abrate. Zur Ethik gehöre auch die Pflicht, Einhalt zu gebieten.

Die PID ist in Deutschland nach dem Embryonenschutzgesetz im Unterschied zu anderen europäischen Ländern noch verboten. Sie soll nach den Vorstellungen von Wissenschaftlern nur bei Eltern mit einer genetischen Veranlagung für bestimmte Erbkrankheiten vorgenommen werden, um eine spätere Abtreibung zu vermeiden. Für eine derart eingeschränkte Zulassung der PID plädierte der **Professor für Humangenetik an der Medizinischen Universität Lübeck, Eberhard Schwinger.** Aus seiner ärztlichen Praxis heraus kenne er die Fälle solcher Familien und wüsste um deren Kinderwunsch. Von Manipulationen am Erbgut sei man noch meilenweit entfernt. Voraussetzung für eine Zulassung der PID sei allerdings ein gesellschaftlicher Konsens. Schwinger forderte jedoch Ehrlichkeit in der Dis-

kussion: **Eine Ablehnung der PID sei für ihn nicht glaubwürdig, wenn im Vergleich in Deutschland pro Jahr rund 120.000 Kinder im Zuge des Paragraphen 218 abgetrieben würden.**

Übereinstimmung herrschte in dem von **Oberkirchenrat Arndt Heling** geleiteten Gespräch darin, dass Gentechnik Grenzen brauche und die mögliche Anwendung gentechnischer Verfahren einen gesellschaftlichen Grundkonsens. Dies gelte für die PID ebenso wie für die Forschung an embryonalen Stammzellen.

■ „Patientenverfügung – Patientenvermächtnis – Sterbehilfe“

Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema: „Patientenverfügung – Patientenvermächtnis – Sterbehilfe“ **hatte der EAK-Kreisverband Saarpfalz nach Homburg eingeladen.** Mehr als 160 Teilnehmer waren dieser Einladung gefolgt. Unter der Moderation des **stv. EAK-Landesvorsitzenden Volker Oberhausen** wurde das Thema in juristischer, medizinischer und seelsorgerlicher Hinsicht gewürdigt. **Stephan Toscani, MdL,** parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, traf in seinem Referat die Unterscheidung zwischen indirekter, passiver und aktiver Sterbehilfe. **Dr. Walter Altherr, MdL,** betonte, dass für ihn als Unfallchirurgen der Eid des Hippokrates maßgebend sei. Deshalb betrachte er die Gesetzgebung in den Niederlanden als Dammbbruch, der seinem ärztlichen Verständnis und den christlichen Werten in Europa diametral gegenübersteht. Das Mitglied des

Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik der CDU Deutschlands sah es als Aufgabe des Gesetzgebers an, ähnlichen Bestrebungen in Deutschland eine klare Absage zu erteilen.

Die anwesenden Krankenhausseelsorger, **Pfr. Gerhard Schick** (Kath. Kirche) und **Pfr. Thilo Brach** (Ev. Kirche) nutzten die Gelegenheit, um die gemeinsam von EKD und deutscher Bischofskonferenz herausgegebene „christliche Patientenverfügung“ vorzustellen. Diese Patientenverfügung sollte, wie der Direktor des Landgerichts Saarbrücken **Günther Schwarz** in der Diskussion betonte, immer wieder aktualisiert werden. Außerdem wurde von den Anwesenden eine Verbesserung der Versorgung mit Palliativ-Stationen und Hospizen gefordert.

■ Sterbehilfe

Backnang: Zur Thematik um die „aktive Sterbehilfe“ konnte auch der **Evangelische Arbeitskreis der CDU im Rems-Murr-Kreis** unter Leitung seines Kreisvorsitzenden **Walter Meng** ein kompetentes Podium besetzen. Unter Moderation von **Dr. Andreas Rössler**, diskutierten **Dr. Hans Leistert**, Chefarzt der Inneren Abteilung im Kreiskrankenhaus Backnang, die Theologin **Roswitha Kottnick**, Referentin im Diakonischen Werk der EKD, **Susanne Stolp**, Leiterin des Hospizdienstes im Kreis-Diakonieverband Rems-Murr und **Paul Hug**, Bürgermeister und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion über die Notwendigkeit der Einrichtung von Hospizen. Im Kreisdiakonieverband Rems-Murr wird für das Jahr 2003 eine stationäre Hospizeinrichtung

geplant, in der Schwerst- kranke in Würde leben und sterben können. Denn die intensive, ärztliche, pflegerische und psychologische Betreuung schwerstkranker Menschen könne gerade in Fällen, wo keine Angehörigen vorhanden sind, nur in Hospizen erfolgen. Gerade auch der ehrenamtliche Einsatz von Mitarbeitern im Hospizdienst, die die Schwerstkranken und ihre Angehörigen begleiten, sei zu unterstützen. Das Podium war sich einig, dass Sterbebegleitung ein wichtiger Beitrag zum menschenwürdigen Sterben ist. Die Würde des Menschen sei auch in seinen letzten Stunden zu achten.

■ EAK beim 50. Bayerischen Kirchentag

Aktuelle Fragen der Bioethik sowie die Zukunft der Kirche im ländlichen Raum standen am Pfingstmontag im Mittelpunkt des **50. Bayerischen evangelischen Kirchentages unter dem Leitwort „Begeistert leben – Gottes Geist setzt in Bewegung“ auf dem mittelfränkischen Hesselberg**. Der Kirchentag bildete zugleich die Abschlussveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Volkshochschule auf dem Hesselberg, deren evangelische Bildungs- und Sozialarbeit prägend für das fränkisch-schwäbi-



Der EAK der CSU auf dem Hesselberg. 3.v.r. Dr. Ingo Friedrich, der Vorsitzende des EAK der CSU.

sche Landleben ist. Erstmals war beim traditionellen Protestanten-Treffen auch ein Info-Stand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU im Rahmenprogramm vertreten. Viele der ca. 7.000 Kirchentagsteilnehmer nutzen trotz nass-kalten Wetters die Möglichkeit zur Information und zum Gespräch mit fränkischen EAK-Mitgliedern und Mandatsträgern, darunter auch der stellv. Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, **Joachim Hermann**, MdL, und so freute sich der EAK-Landesvorsitzende und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Dr. Ingo Friedrich, MdEP**, über ein „ermutigendes positives Echo“ auf die EAK-Aktion. Man war sich einig: Fortsetzung folgt!

■ Politik aus christlicher Verantwortung

„Deutschland ist in einem neuen Säkularisierungsschub. Die Folge ist nicht eine verbreitete antichristliche Haltung, sondern wachsende Gleichgültigkeit.“ Das sagte **Albert Rathjen**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, auf dem Vortrags- und Gesprächsabend in Westerholz. **Pastor Dr. Horst Neumann** referierte über das Thema „Wertmaßstäbe einer christlich verantworteten Politik im 21.

Jahrhundert“. Er erläuterte zunächst die Herstellung des Begriffes „Politik“. Das vordergründige Geschäft der Tagespolitik stehe nicht allein, hinter ihm gebe es noch ein anderes tieferes und umfassenderes Verständnis von Politik. Es sei die Kunst, das Zusammenleben in der öffentlichen Gemeinschaft zu ordnen. Wenn man vom Zusammenleben der Menschen spreche, tauche auch die Frage nach Gottes ewigen Ordnungen auf.

Christlich geprägte Überlegungen im Hinblick auf die Notwendigkeit staatlicher Ordnungsmacht, aber auch hinsichtlich ihres begrenzten Auftrages um das Wissen und die Missbrauchbarkeit staatlicher Macht „haben die Verfassungsgeschichte unseres Kulturkreises maßgeblich geprägt“, sagte **Dr. Neumann**. Es sei darum gegangen, eine staatliche Ordnung zu schaffen, in der staatliche Ordnungsmacht ihrer Funktion gerecht werden könne. „Die Grundgedanken aus denen ein demokratischer Staat seinen Auftrag wahrnimmt, weisen eine Nähe zum christlichen Menschenbild auf“, so Dr. Neumann. Nicht nur die Entwicklung zum freiheitlichen Rechtsstaat und zur Demokratie seien aus christlichem Denken gespeist worden. Die Überzeugung, dass der Einzelne eine einmalige und unverfügbare Person sei, bilde den Kern der christlichen Ethik. Die Bejahung der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen, wie die Einsicht in die Notwendigkeit eines Ordnungsrahmens, der den Schwachen schütze, Benachteiligungen auszugleichen helfe und sozialer Gerechtigkeit diene, habe zur Entwicklung der Leitidee der sozialen Marktwirtschaft geführt.

■ Verantwortung: Spiegeln die Medien noch die Realität?

Die Pressefreiheit gehört wie die Meinungsfreiheit zu den unveräußerlichen Grundrechten, die unsere Verfassung garantiert. Das ist gut und richtig so. Presse und Medien allgemein haben in erster Linie die Aufgabe, über die Dinge dieser Welt sachlich, und also wahrheitsgetreu zu informieren. Sie sind aber nicht die Richter der Nation.

Die Evangelische Nachrichtagentur idea stellte kürzlich in „idea Spektrum“ die interessante Frage, ob die Medien die Realität noch wahrheitsgetreu widerspiegeln. Die letzten Monate haben uns gelehrt, dass diese Frage nicht nur berechtigt ist, sondern dass die Antwort längst dem „Nein“ zuneigt. Über Gewaltanwendung wird z. B. nur dann in großer Aufmachung berichtet, wenn sie dem Denkschema Rechtsextremismus genügt oder zu genügen scheint. Sobald aber erwiesen ist, dass dieses nicht zutrifft, ist das Interesse der Medien abrupt beendet.

In der abendlichen Nachrichtensendung des mdr Fernsehens am 30. Dezember sagte die Sprecherin: „Die Ministerpräsidenten von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben in ihren Neujahrsansprachen den Rechtsextremismus verurteilt“. Tatsächlich hat, wie sich dann zeigte, keiner der Herren das Wort „Rechtsextremismus“ benutzt, wohl aber war von „Radikalismus und Gewalt verschiedener Couleur“ die Rede. Haben die Medien das Recht, die Realität zu filtern und uns in einseitige Denkmodelle einzusperren?

Psychologen und Pädagogen gehen davon aus, dass durch die überbetonte Berichterstattung junge Leute einen mentalen Anreiz sehen, sich provokant oder auch gewalttätig zu verhalten.

Gewalt ist aber in unserem Lande nicht auf Ausländer oder Einrichtungen der jüdischen Gemeinden beschränkt, wie uns die Presse glauben machen will.

Beim Evangelischen Landeskirchenamt Sachsens war zu erfahren, dass die Anzahl der polizeilich registrierten Straftaten gegen kirchliche Einrichtungen und Liegenschaften im Jahre 1999 um 20 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist, und dass dieser Trend auch im Jahre 2000 angehalten hat. Nach den beim Landeskirchenamt eingegangenen Meldungen betroffener Kirchengemeinden gab es im Jahr 1999 mindestens 45 Straftaten an Kirchen, 4 an Kindergärten, 33 an anderen Dienstgebäuden und 60 an Friedhöfen. Durch Brandstiftungen wurden 1999 vier kirchliche Gebäude (darunter eine Friedhofskirche und im Jahr 2000 zwei kirchliche Gebäude (darunter eine Kirche) teilweise bis völlig zerstört. Im Gegensatz zur allgemeinen Kriminalstatistik waren 70 % der Täter Personen im Alter unter 21 Jahren. Vergleicht man aber die Anzahl der Straftaten, die allgemein für Sachsen gelten, mit der entsprechenden Anzahl von Straftaten gegen Einrichtungen der jüdischen Gemeinden in ganz Deutschland, die wir mit Recht als besonders schändlich und politisch motiviert verurteilen, so müssten unsere Medien täglich mehrmals über Übergriffe gegen kirchliche Einrichtungen berichten. Es ist leider unbestreitbar, dass die Medien hier ein

sehr verzerrtes Bild unserer Wirklichkeit zeichnen.

Das wäre nicht so schlimm, wenn nicht Politiker einer bestimmten Denkrichtung und die Medien im letzten Halbjahr eine Hypersensibilität – sprich Hysterie – in Verbindung mit dem Wort Rechtsextremismus aufgebaut hätten. Das hat bewirkt, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung tatsächlich glaubte, in Sebnitz sei „durch 30 Neonazis ein sechsjähriger Junge im Schwimmbad öffentlich, d. h. angesichts hunderter Zuschauer, ertränkt“ worden. Eine unbescholtene Stadt wurde öffentlich diffamiert, ei-

ner wirtschaftlich schwachen Grenzregion ernstlich Schaden zugefügt. Hier gegen muss etwas getan werden.

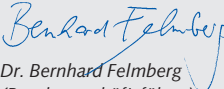
Die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat den Medien einen öffentlichen Einfluss verschafft, der längst die Bezeichnung „Macht“ verdient. Es ist an der Zeit, dass unsere Rechtsprechung, die Missbrauch von Macht und Recht zu beurteilen und durch Sanktionen zu sühnen oder zu unterbinden hat, mit wirkungsvollen Gesetzen ausgestattet wird, damit die Demokratie in Deutschland nicht Schaden nimmt.

Dr. Peter Schumann

Liebe Leserinnen und Leser,

die kleinste Hürde (und auch die muss man erst einmal schaffen) haben wir gemeinsam genommen! Die Zahl 500 ist erreicht! Insgesamt haben sich bisher 507 Leserinnen und Leser der Evangelischen Verantwortung ansprechen lassen, die Finanzierung der „EV“ sicher zu stellen. Insgesamt kamen hierdurch bisher 40.126 DM zusammen. Dies ist pro Person eine durchschnittliche Zuwendung von 79,15 DM. 1/4 der Jahreskosten konnte somit auf viele Schultern verteilt werden. Dies ist ein großartiges Ergebnis und ich möchte mich bei Ihnen allen herzlich bedanken. Sollte es uns gelingen dies Jahr für Jahr zu schaffen und vielleicht auch noch auszubauen, dann sehe ich der Zukunft gelassener entgegen als in den letzten Monaten. Inhalte können nur vermittelt werden, wenn sie auch die Mittel vorfinden transportiert zu werden. Ich bin froh, dass wir hier gemeinsam einen guten Weg miteinander gehen. Ich freue mich, dass sich ein verantwortlicher Freundeskreis rund um den EAK bildet, der dem Christlichen auch weiterhin die Möglichkeit geben möchte, gehört zu werden. Herzlichen Dank dafür!

Ihr


Dr. Bernhard Felmborg
(Bundesgeschäftsführer)

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50,
Konto-Nr. 112 100-500
oder
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00,
Konto-Nr. 56267

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion !

Gott behüte dich

Möge dein Weg dir freundlich entgegenkommen,
Wind dir den Rücken stärken,
Sonnenschein deinem Gesicht viel Glanz und Wärme geben.
Der Regen möge deine Felder tränken,
und bis wir beide, du und ich, uns wiedersehen,
halte Gott dich schützend in seiner hohlen Hand.

Gott möge bei dir auf deinem Kissen ruhen,
dich schützend in seiner hohlen Hand halten.
Deine Wege mögen dich aufwärts führen,
freundliches Wetter begleite dir deinen Schritt.
Wind stärke dir deinen Rücken-
Und mögest du längst im Himmel sein,
wenn der Teufel bemerkt, dass du fort bist.

Irischer Reisesegen

Unsere Autoren:

Propst
Karl-Heinz Ronecker
Lutheran Church Of The Redeemer
Evangelische Propstei
P.O.B. 14076
91140 Jerusalem- Old City

Ruprecht Polenz, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Thomas Rachel, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Bernd Neumann, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin